

*m. G. h. v. Jun 17. 1953
ere f. u. d.*

A n a l y s e

Über die Entstehung und Entwicklung der faschistischen
Provokation im Bezirk Cottbus.

Entsprechend den Plänen der faschistischen Provokateure wurde am 17. Juni 1953 auch im Bezirk Cottbus der Versuch unternommen, regierungsfeindliche Aktionen zu starten.

Dabei bildeten sich im Bezirk vor allen Dingen 4 Schwerpunkte heraus.

- a) In Cottbus selbst, wo der Ausgangspunkt das RAW Cottbus war,
- b) in Lauchhammer auf der Großbaustelle der Großkokerei "Mátyás Rákosi",
- c) in Jessen, wo die Provokation von reaktionären Großbauern organisiert wurde und
- d) in Finsterwalde, wo es bereits vor dem 17.6. zu Arbeitsniederlegungen kam.

Dem Gegner gelang es jedoch nicht, seinen Plan auch nur teilweise zu verwirklichen. Alle Versuche des Gegners blieben lokalisiert. Es kam dank des schnellen Eingreifens der sowjetischen Truppen sowie der Partei und Staatsorgane in keinem Fall zu Auswirkungen, wie sie aus Berlin und teilweise anderen Bezirken bekannt sind. Die übergroße Mehrheit der Werktätigen, insbesondere in den Großbetrieben, ließ sich nicht verführen, sie setzten ihre Arbeit fort und verwehrten den Provokateuren durch schnell organisierten Selbstschutz den Eintritt in die Betriebe. Der Versuch, das faschistische Abenteuer von Berlin aus auf den Bezirk Cottbus auszudehnen, endete mit einem Fiasko.

Es haben im Bezirk Cottbus am 17. Juni lediglich in Cottbus, Jessen und Lauchhammer beachtenswerte regierungsfeindliche Demonstrationen mit gleichzeitiger Arbeitsniederlegung stattgefunden. An den Streiks und Demonstrationen am 17.6. beteiligten sich etwa 10 500 Menschen.

Am 18.6. kam es überhaupt nicht mehr zu Demonstrationen. Gestreikt haben an diesem Tag ~~ganztägig~~ *47* Betriebe mit etwa *18 000* Menschen. In *einigen* Betrieben kam es zu kurzfristigen Arbeitsniederlegungen.

Bereits am 19.6. konnte die Arbeitsaufnahme in allen Betrieben mit Ausnahme der Baustellen Lauchhammer um 12 Uhr gemeldet werden.

Arbeitsniederlegungen. Dabei fielen

1 050 Stunden, wertmäßig 6 400 DM, aus.

In der Textilindustrie ist ein größerer Arbeitsausfall zu verzeichnen,

24 355 Stunden, wertmäßig 126 110 DM.

Der Produktionsplan steht nicht in Gefahr.

Die Bauindustrie ist am meisten betroffen worden, und zwar besonders in der Großbaustelle der Großkokerei "Mátyás Rákosi". Der Produktionsausfall ist bedeutend.

Insgesamt ungefähr 22 400 Stunden, wertmäßig rund 1 360 100 DM.

Die Großkokerei allein

rund 168 000 Stunden, wertmäßig rund 1 092 000 DM.

Ein größerer Produktionsausfall trat ebenfalls im Reichsbahnausbesserungswerk in Cottbus ein. In einigen anderen Bahnbetriebswerken ruhte die Arbeit für kurze Zeit.

Ausfall: 13 222 Stunden, wertmäßig rund 22 122 DM.

Die Beladepläne für Braunkohle und der übrige Güterverkehr wurden in der Zeit der faschistischen Provokation reibungslos durchgeführt.

Auch im Metall- und Maschinenbau entstanden größere Produktionsausfälle.

Ausfall: 8 446 Stunden, wertmäßig rund 73 300 DM.

In der Lebensmittelherstellung entstanden geringe Ausfälle.

Ausfall: 3 014 Stunden, wertmäßig rund 30 760 DM.

In der Glasindustrie gab es nur einen minimalen Produktionsausfall.

Ausfall: 112 Stunden, wertmäßig rund 560 DM.

Durch die Arbeitsniederlegung verminderte sich die Energieerzeugung und die Energieabnahme. Am 17. und 18. Juni 1953 ging die Energieversorgung um 6 % zurück, während sie am 19. Juni wieder normal war. Der Energieverbrauch erreichte am 18. Juni den Tiefstand - rund 20 % unter dem Durchschnitt -, lag aber am 19. Juni 1953 nur noch 5 % unter dem Durchschnittsstand und war am 20. Juni 1953 wieder normal.

Es liegen Meldungen vor, die besagen, daß die meisten Betriebe durch Nacharbeit die entstandenen Verluste aufholen werden.

In Handel und Versorgung traten in den meisten Kreisen durch Hamsterkäufe Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Mehl, Salz, Eiern, Nahrungsmitteln, Marmelade und Kunsthonig auf. Durch Aufstockung und operative Lenkung wurden die Schwierigkeiten beseitigt. Ab 19. Juni 1953 ist wieder eine allgemeine Beruhigung des Handels eingetreten.

Die weitere Versorgung mit Fett, Butter, und Margarine bleibt auch in Zukunft das entscheidende Problem in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Der relativ ruhige Charakter der Ereignisse im Bezirk Cottbus darf aber keine Illusionen aufkommen lassen. Unser Bezirk unterscheidet sich in keiner Beziehung von anderen Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Gründe, die vom 14. Plenum des Zentralkomitees aufgezeigt wurden, warum es den Provokateuren gelang, irreführende Mitläufer zu gewinnen, treffen auch für unseren Bezirk zu.

Daß es bei uns zu solchen Auswirkungen nicht kam, sehen wir in folgenden Umständen begründet:

- 1.) Die Versuche der faschistischen Provokateure begannen zu einem Zeitpunkt, wo im Zentrum der Provokation - in Berlin - das faschistische Abenteuer bereits niedergeschlagen war.
- 2.) Der Gegner begann seine Provokation im Bezirk im Kreis Jessen, wo es keine Großindustrie gibt und wo die ungünstige Verkehrslage der Ausbreitung des Abenteuers erschwerend im Wege stand. Die Jessener Aktion blieb völlig isoliert.
- 3.) Der Versuch des Gegners in Cottbus ein Bezirkszentrum des Abenteuers zu schaffen, wurde durch das rechtzeitige Eingreifen der sowjetischen Streitkräfte zunichte gemacht.
- 4.) Es gelang dem Gegner in keinem einzigen Fall, eine zentrale Stelle der Partei und des Staatsapparates zu besetzen, sodaß die zentrale Leitung der Gegenmaßnahmen keine Minute unterbrochen war.
- 5.) Das rechtzeitige Eingreifen der sowjetischen Truppen ernüchterte die irreführenden Mitläufer und zwang die Gegner zur Änderung der Taktik.
- 6.) Die offenen Beweise für die Verwirklichung des neuen Kurses, besonders der Beschluß über die Normenfrage, stärkte das Vertrauen vieler Schwankender zur Regierung und ließ sie Abstand nehmen von einer Teilnahme am faschistischen Abenteuer.

Das sind die hauptsächlichsten Gründe dafür, wenn das faschistische Abenteuer nicht solche Ausmaße annahm wie in einigen anderen Orten der Republik.

Dieser relativ ruhige Charakter der Ereignisse im Bezirk Cottbus erschwert allerdings manchen Genossen die klare Erkenntnis von deren Zusammenhängen.

Deswegen besteht gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben darin, diese Zusammenhänge aufzudecken und der faschistischen Provokation den "harmlosen Mantel" den Charakter des "spontanen C Volksaufstandes" u.a. feindlicher Deutungen zu nehmen. Die Ereignisse im Bezirk Cottbus sind keine Reaktion "auf Berlin" und keine Solidarität "mit Berlin", wie noch viele an den Aktionen beteiligte Werktätige meinen - sie sind das Ergebnis der Versuche bezahlter und gekaufter Agenten, derer es leider bislang noch nicht überall gelang habhaft zu werden.

Dieser von langer Hand vorbereitete Charakter der Provokation kam darin zum Ausdruck, daß man in allen Orten, wo es dem Gegner gelang Aktionen auszulösen, die gleiche Methode des Gegners beobachten konnte.

Sie versuchten, ihre Aktionen von einer Stelle aus zu beginnen, dort eine Arbeitsniederlegung zu erreichen, zur Demonstration aufzurufen und in andere Betriebe einzudringen und unter Druck zur "Solidarität" aufzurufen. Ihre Hauptmethode war die Anwendung des Moments der Überraschung. Mit Hilfe des so erzeugten "Massencharakters" ihrer Aktion wollten sie die Schwankenden einschüchtern und uns eine nie vorhandene Stärke vorgaukeln.

Diese ganz und gar auf Abenteuer, Terror und Mord abgestimmte Taktik mußte in dem Moment scheitern, wo die Aktion im Keime erstickt wurde.

Bei alledem w darf man aber keineswegs übersehen, daß es den faschistischen Provokateuren gelang, einen Teil der Werktätigen vor ihren Karren zu spannen, weil sie die Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung für ihre schändlichen Ziele mißbrauchten.

Antwort auf die Frage, wie es dazu kam, gibt uns die Analyse der Massenstimmung vor den Ereignissen im Juni 1953.

Die Analyse der Massenstimmung der Bevölkerung im Bezirk Cottbus.

Vorweg muß betont werden, daß wir keinen einwandfreien Überblick über die Massenstimmung - differenziert nach den einzelnen Bevölkerungsschichten - besaßen und auch jetzt noch nicht besitzen. Das

Das wird umso deutlicher unterstrichen, wenn man unsere bis zum 17. Juni abgefaßten Berichte im Lichte der Ereignisse des 17./18. Juni betrachtet.

Wie war die Stimmung der Bevölkerung vor dem 17. Juni 1953?

In der Einschätzung der Massenstimmung gingen wir gewöhnlich davon aus, daß es anläßlich des Ablebens des Genossen Stalin gelang, breite Massen zu den Trauerfeierlichkeiten zu mobilisieren. Auch kurze Zeit darauf, anläßlich der Protestkundgebungen gegen die Unterzeichnung des Generalvertrages im Bonner Bundestag gelang es, breite Massen zu mobilisieren, wenn auch längst nicht so viel wie beim Tode des Genossen Stalin. Diese Demonstrationen waren unbestritten ein machtvolles Bekenntnis auch zur Politik unserer Partei und der Regierung. Wir übersahen aber bzw. berücksichtigten ungenügend, daß gerade nach Stalins Tod der Gegner seine Hetze und seine Verleumdungen gegenüber der DDR und der Sowjetunion verstärkte. Ausdruck dieser verstärkten Hetztätigkeit war das Auftreten der vielfältigsten Argumente über die Revision dieser oder jener Maßnahmen der Regierung, die zu Lebzeiten des Genossen Stalin beschlossen wurden. Dieser verstärkten Hetze und Verleumdung wurde ungenügend begegnet, ja sie wurde hauptsächlich nur administrativ bekämpft. Dadurch gelang es dem Gegner, einen von uns nicht genügend beachteten Einfluß auf eine ganze Reihe schwankender Elemente, insbesondere unter den Mittelschichten, auszuüben.

Zu dieser Zeit - Mitte März - begann die Organisierung der Bewegung zur freiwilligen Erhöhung der Normen, die im allgemeinen gesehen schnell um sich griff und breite Schichten der Arbeiter erfaßte. Während dieser Zeit war aber die Hauptkraft der Parteiorganisation im Bezirk Cottbus auf die Verwirklichung der Losung "Das Gesicht dem Dorfe zu" gerichtet. Die termingemäße Durchführung der Frühjahrsbestellung und die verstärkten Anstrengungen zur Bildung neuer LPG machten den hauptsächlichsten Inhalt unserer Tätigkeit aus. Die Frühjahrsbestellung und die Arbeit auf dem Lande vollzog sich unter den Bedingungen des sich zusehends verschärfenden Klassenkampfes. Die verstärkte Republikflucht von Bauern (Groß- und werktätigen Bauern) setzte ein, die ~~Verhaftung~~ ^{Bestrafung} ablieferungssäumiger Großbauern wurde forciert - alles das stellte die Partei vor zusätzliche Aufgaben, die die ganze Kraft abverlangten. Dadurch kam es, daß der systematischen Aufklärungsarbeit in der Industrie und in der Normenfrage nicht immer die genügende Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Die Aufklärung und

Erziehung der Arbeiterklasse wurde vernachlässigt, die Bewegung der freiwilligen Normenerhöhung wurde "nebenbei" als eine Aufgabe "unter anderen" gelöst. Die Parteileitungen - von der Bezirksleitung angefangen - besaßen keinen ~~rechten~~ ^{exakten} Überblick über die Entwicklung der Normenerhöhung. Obwohl Beschlüsse gefaßt wurden, die Entwicklung der Normenerhöhung zu analysieren - wurden diese Beschlüsse nicht realisiert.

Wir verloren den Überblick nicht zuletzt deswegen, weil sich die Beschlüsse des ZK auf den verschiedensten Gebieten überstürzten, deren Verwirklichung nicht mehr gewährleistet war.

Das erleichterte es dem Gegner, seinen Einfluß mit Hilfe der Lügen- und Hetzpropaganda auf größere Teile der Arbeiterklasse auszuüben als bisher.

Das zeigte sich z.B. u.a. auch darin, daß die große Friedensinitiative der Volksrepublik China und der nordkoreanischen Regierung sowie die Erklärung des Genossen Molotow zur Koreafrage, die ein weltweites Echo auslösten, in unserem Bezirk ohne nachhaltigen Widerhall blieben.

Das war bereits der schlüssige Beweis dafür, daß es bei den Werktätigen Fragen gab, die für sie dringender waren als die brennenden internationalen Probleme. Das erkannten wir aber ungenügend. Wir sahen die einzige Ursache für das ungenügende Echo auf diese Friedensinitiative in der unzureichenden Aufklärungsarbeit - nicht aber in der wachsenden Unzufriedenheit der Werktätigen, insbesondere der Arbeiterklasse.

Die breiten Diskussionen über die Neuregelung der Fahrpreise, wo es z.B. in Lauchhammer u.a. Betrieben zu Protestschreiben kam, wurden bei uns im Sekretariat nicht einmal behandelt, d.h. also wir sahen darin nichts besonderes. Aber schon hier zeigte sich doch eine Versteifung der Unzufriedenheit - insbesondere unter den Bauarbeitern auf den Großbaustellen. Bei dieser Frage kam noch hinzu, daß das Zentralkomitee die unteren Parteiorganisationen überhaupt nicht auf diesen Beschluß der Regierung orientierte. Wir waren darauf überhaupt nicht vorbereitet. Das Fehlen einer klaren und rechtzeitigen Argumentation führte sogar zu den unsinnigsten Überspitzungen in der Diskussion. Arbeiter, die die Neuregelung der Fahrpreise nicht verstanden, wurden in einigen Fällen des direkten Betruges bezichtigt und ihre Forderung nach Aufrechterhaltung der alten Fahrpreisregulierung als Diebstahl am Volkseigentum hingestellt. Das alles war nicht angetan, die Massen zu überzeugen. Diese Situation nutzte der Gegner aus. Er verstärkte seine Hetze, die nun allerdings schon auf immer fruchtbareren Boden fiel.

Nicht viel anders verhielt es sich mit den Beschlüssen der Regierung über die Sozialversicherung - über die Anrechnung des Kuraufenthaltes auf den ordentlichen Urlaub und bei den Beschlüssen des Ministerrates vom 9.4.1953.

Es war eine offenkundige Selbsttäuschung, wenn wir in unserem Informationsbericht vom 10.4.1953 über die Stimmung der Bevölkerung zum Ministerratsbeschuß vom 9.4.1953 feststellten: "Bei dem überwiegenden Teil der Diskussionen ist festzustellen, daß sie positiv dazu Stellung genommen wird."

Wir müssen heute ganz klar und deutlich erkennen, daß die Mehrheit der Bevölkerung diesen Beschluß nicht verstand, unseren Argumenten keinen Glauben schenkte und beim Gegner Auskunft einholte. Diese Stimmung der Bevölkerung fand auch Einfluß auf einige Mitglieder unserer Partei. Diese Situation wurde vom Gegner durch die Verbreitung der unverschämtesten Lügen und Hetzparolen ausgenutzt und es gelang ihm, weitere Teile der Arbeiterklasse, aber vor allen Dingen der Mittelschichten (insbesondere jene, die vom weiteren Bezug der Lebensmittelkarten ausgeschlossen wurden) unter seinen Einfluß zu bringen. Sichtbarer Ausdruck dafür war die zunehmende Zahl der Republikflüchtigen und das schleppende Voranschreiten der Bewegung zur freiwilligen Normenerhöhung.

Während dieser Zeit, wo sich um die Partei herum in immer zunehmendem Maße Unzufriedenheit ansammelte, wo die systematische Aufklärungsarbeit der Massen dringend geboten war und es darauf ankam, die Lügen und Hetzparolen der Gegner zu zerschlagen, war die Partei mit der Lösung solcher kraftraubenden innerparteilichen Arbeit wie der Vorbereitung der Lehrgänge für körperliche Ertüchtigung beschäftigt.

Ebenso verhielt es sich mit der FDJ, deren Hauptarbeit in dieser Zeit nicht auf die Massenarbeit, sondern auf die Lösung des Umtausches der Mitgliedsbücher ausgerichtet war.

Das erleichterte dem Gegner die Arbeit ein übriges Mal.

Die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse erreichte ihren Höhepunkt, als durch die Anordnung der einzelnen Ministerien die Normenerhöhung administrativ eingeführt werden sollte. Im Kreis Finsterwalde kam es kurz hintereinander 3 mal zu Arbeitsniederlegungen. Das war ein ernstes Signal. Wir erkannten damals sehr richtig, daß es sich hierbei nicht nur um das Werk von Provokateuren, sondern auch um eine breite ernstzunehmende Unzufriedenheit der Arbeiter handelte, die eine solche bürokratische Maßnahme einfach nicht verstehen wollten.

Das Beispiel von Finsterwalde zeigte:

- a) Die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse, insbesondere mit der Regelung der Normenfrage wächst an.
- b) Der Gegner geht zur Offensive über. Er ändert seine Methoden, er ist bereit, offene Aktionen auszulösen.
- c) Viele Arbeiter schwanken. Sie suchen nach einem vernünftigen, unserer Ordnung entsprechenden Weg zur Lösung der Differenzen zwischen Volk und Regierung.
- d) Die Betriebsparteiorganisation stellt aber nicht die magnetische Kraft dar, um die sich in diesen ernsten Stunden die fortschrittlichen und schwankenden Arbeiter scharen. Die Parteiorganisation ist selbst von Schwankenden und Unzufriedenen durchsetzt. Die Agitationsarbeit in den drei Finsterwalder Betrieben liegt völlig danieder.
Die wenigen partei- und regierungsfeindlichen Elemente erhalten somit momentan die Oberhand. Die Parteiorganisationen befinden sich in der Defensive.
- e) Die Ereignisse in Finsterwalde signalisierten ein deutliches Versagen der Massenarbeit der Massenorganisationen, insbesondere des FDGB und der FDJ. Sie treten so gut wie gar nicht in Erscheinung. Gleichso die Werkleitungen.
- f) Die ganze Verantwortung ruhte auf den Schultern der Parteileitung der Betriebsparteiorganisation, die aber den Kampfmethoden des Gegners unerfahren gegenübertritt.

So schätzten wir damals die Ereignisse in Finsterwalde ein. Wir waren dabei, die Erfahrungen für den ganzen Bezirk auszuwerten. Wir kamen jedoch nicht dazu, weil die Veröffentlichung des Kommuniqués des Politbüros vom 9.6.1953 die Partei vor neue Aufgaben stellte. Hinzu kam, daß in der Zeit, wo nennenswerte Teile der Arbeiterklasse mit der Politik der Partei in der Normenfrage nicht mehr einverstanden waren, die Kraft der Partei auf die Durchführung der Wahlen der Leitungen der Haus- und Hofgemeinschaften konzentriert wurde. Während der Gegner - heute klar erkenntlich- das Schwergewicht seiner Arbeit in die Betriebe verlegte mit dem Ziel, die Unzufriedenheit der Arbeiter in ihm genehme Richtungen zu lenken,

verwandten wir große Kraft, um in einer kurzen Frist die Wahlen der Leitungen der Haus- und Hofgemeinschaften unter Dach und Fach zu bringen.

Hinzu kam weiter, daß durch die Mitteilung des Zentralkomitees, von einem weiteren Populärsieren der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz abzusehen sowie durch die Veröffentlichung des neuen Kurses der Partei und Regierung innerhalb der Partei und ihrer Apparate ein großes Maß von Arbeit zur Absetzung dieser oder jener eingeleiteten Maßnahmen einsetzte. Bis zur Veröffentlichung des Kommuniqués, ja genauer gesagt, bis zur Veröffentlichung des diesbezüglichen Leitartikels im ND am 1953, "tasteten" die Parteileitungen, die Bezirksleitung nicht ausgeschlossen.

Welche Auswirkungen hatte die Veröffentlichung des Kommuniqués des Politbüros auf die Stimmung der Bevölkerung.

Diese Auswirkung war sehr unterschiedlich.

Entscheidend für die ganze weitere Entwicklung war die Auswirkung auf die Parteimitglieder selbst; denn von ihrem Verständnis für den neuen Kurs der Partei hing die ganze weitere Aufklärung ab.

Es kann gesagt werden, daß bei den leitenden Funktionären der Bezirksleitung und der Kreisleitungen Verständnis für den neuen Kurs der Partei aufgebracht wurde, was jedoch nicht besagen soll, daß alle leitenden Funktionäre den ganzen Sinn des Beschlusses des Politbüros verstanden. Letzteres kam darin zum Ausdruck, daß Tendenzen des Abwartens auf die angekündigte umfassende Erklärung der ganzen Umstände auftraten. Man kann auch sagen, daß bei den leitenden Funktionären der Partei das Gefühl der Mitverantwortung für die aufgedeckten Fehler durchaus gegeben war.

Auch in den Kreisen der unteren Funktionäre und einfachen Mitglieder wurde im allgemeinen der neue Kurs der Partei begrüßt.

Aber bereits hier wurden Stimmen laut, die etwa zum Ausdruck brachten: "Endlich haben es die da "oben" eingesehen. Ich habe das schon lange gesagt und gesehen". In einer Zeit also, wo die Einheit, Geschlossenheit und Disziplin der Partei dringender denn je erforderlich war, gab es bei einer Reihe von Mitgliedern z. T. Tendenzen der Mißkreditierung der Parteiführung und des mangelnden Vertrauens zur Partei.

Einzelne Parteimitglieder verstanden nicht den ganzen Sinn der Beschlüsse des Politbüros. Sie griffen einzelne Maßnahmen aus dem Zusammenhang heraus, erklärten sich mit diesen nicht einverstanden und bewiesen ihre ungenügende Festigkeit und politische Reife.

Einige Genossen Arbeiter sahen in dem neuen Kurs einen Rückzug vor dem Imperialismus auf der ganzen Linie. Genossen Bauern, insbesondere Mitglieder der LPG, verstanden fast übereinstimmend nicht die neue Linie gegenüber den Großbauern. Viele Jugend-Genossen und Genossen Lehrer waren mit den Maßnahmen gegenüber der "Jungen Gemeinde" nicht einverstanden. Bei einigen Genossen im Staatsapparat gab es eine kleinbürgerlich-empfindliche Reaktion auf die Feststellung im Kommuniqué, daß es bei den Bezirks- und Kreisinstitutionen zu Überspitzungen kam. Sie sahen nur diese Stelle und sagten, natürlich jetzt sind wir die Schuldigen.

Diese verschiedenen Stimmungen innerhalb der Partei waren aber doch nichts anderes als die Widerspiegelung der verschiedensten Auffassungen der verschiedenen Schichten (Klassen) der Bevölkerung.

Genosse Stalin lehrt, daß bei jeder Wendung in der Entwicklung des Klassenkampfes, mit jeder Verschärfung des Kampfes und jeder Zunahme der Schwierigkeiten der Unterschied der Ansichten der verschiedenen Schichten der Bevölkerung in der Partei in Form der verschiedensten Meinungsverschiedenheiten in Erscheinung tritt. Der Druck der Kapitalisten und ihre Ideologie muß diese Meinungsverschiedenheiten zwangsläufig verschärfen.

Dieser Hinweis des Genossen Stalin wird durch unsere Erfahrungen bestätigt. Man kann sagen, die Veröffentlichung des Kommuniqués des Politbüros sah die Partei nicht in all ihren Teilen auf der Höhe ihrer Aufgaben. Das lähmte die Kampfkraft und die Aktivität der Partei in einer Zeit, wo der Gegner sehr wohl die tödliche Gefahr erkannte, die die Verwirklichung des neuen Kurses für ihn bedeutete, was ihn auch veranlaßte, seinen lang vorbereiteten Plan für den Tag X gerade auf diesen Zeitpunkt festzulegen..

Wir drängen mit unseren Argumenten noch nicht genügend in die Tiefe. Viele Menschen faßten unsere Selbstkritik als Schwäche auf und der Gegner lancierte die Hetze von dem "Zerfall der SED" und dem "Bankrott unserer Politik". Viele Arbeiter diskutierten, daß sie wieder die Dummen sind, mit ihren Normenerhöhungen müßten sie die Steuerschulden usw. ausgleichen. Eine wüste, ihresgleichen suchende Hetze setze ein. Die erste Freude der Werktätigen über die Beschlüsse der Partei und Regierung wurde vom Gegner versucht

in einer Lügenflut zu ertränken, die tatsächlich auch nennenswerte Teile der Bevölkerung erfaßte. In dieser Situation warteten viele ehrliche Bürger auf die Stimme der Partei. Die Parteipresse wurde stärker denn je vertrieben. Es machte sich bereits ein Umschwung bemerkbar. Die positiven, zuversichtlichen Stimmen zu den Beschlüssen der Partei und Regierung mehrten sich. Die Partei begann den neuen Kurs, näher heran an die Massen, zu verwirklichen. Gerade in diesem Augenblick traf die Nachricht über die Ereignisse in Berlin ein. Das faschistische Abenteuer begann.

So entwickelte sich die Massenstimmung bis zum 17. Juni. Natürlich vollzog sich die Massenstimmung nicht nur in der hier dargestellten negativen Richtung. Es gibt aus unserem Bezirk genügend Beispiele von hohem Klassenbewußtsein und lobenswerter Parteilergebenheit, von echtem Patriotismus und bewundernswertem Arbeitsenthusiasmus.

Aber dieses Positive entwickelte sich, wuchs und erstarkte unter den Bedingungen der sich verschärfenden Hetze des Gegners, der zunehmenden Unzufriedenheit nennenswerter Teile der Bevölkerung, der verstärkten Republikflucht, der starken Schwankungen breiter Teile der Werktätigen und der Lösung der Partei von den Massen. Daß aber dieses Positive stärker und lebensfähiger war, bewiesen die Ereignisse vom 16., 17. und 18. Juni 1953.

Der entscheidende Umstand also, daß der faschistische Putsch mit einer Niederlage endete, ist neben dem rechtzeitigen Eingreifen der sowjetischen Truppen dem Umstand zu verdanken, daß die Mehrheit der Bevölkerung nicht zuletzt wegen des offenen Eingeständnisses der gemachten Fehler ihre Verbundenheit zur Partei und Regierung bekundeten.

Wie entwickelte sich die Massenstimmung nach den Ereignissen.

Die Ereignisse des 17. und 18. Juni 1953 haben vielen die Augen geöffnet.

Das Eingreifen der Sowjetarmee hat vor allen Dingen unseren Parteimitgliedern Mut und Zuversicht gegeben.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes wurde im allgemeinen ruhig und ohne Zwischenfälle von der Bevölkerung aufgenommen. Hin und wieder kam es auf Grund vorgenommener Verhaftungen vereinzelt zu Belegschaftsversammlungen mit kurzfristiger Arbeitsniederlegung.

Im allgemeinen kann gesagt werden, haben die Ereignisse selbst und das Eingreifen der sowjetischen Truppen bei vielen Mitläufern zu einer Ernüchterung geführt. Die Mehrheit der Bevölkerung grenzte sich entschieden von den Provokateuren und vor allen Dingen von den Krakeelern, von den Mördern u.a. Gesindel sowie von ihren Taten ab.

Die schnelle Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung hat auch viele Schwankende, insbesondere aus dem Mittelstand, gefestigt. Sie wurden in ihrem Vertrauen zur Regierung gestärkt.

Neben dieser positiven Veränderung der Massenstimmung gab es aber auch negative Stimmungen, vor allen Dingen antisowjetische Äußerungen insbesondere von Jugendlichen.

Es zeigte sich, daß nach den Ereignissen die Werktätigen in den Betrieben viel freier und offener ihre Meinung sagten, kühner ihre Forderungen stellten, aber dabei z.B. in den Bergbaubetrieben die Forderung stellten, wenn diese Forderung nicht erfüllt wird, streiken wir auch.

Noch nicht alle Mitläufer haben ihren Fehler erkannt. Sie stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sie für ihre gerechten Forderungen streikten. Von den sogenannten "Berliner Forderungen" rücken sie in der Regel ab.

Nach dem Bekanntwerden der Beschlüsse des 14. Plenums des ZK der SED standen diese im Mittelpunkt der Diskussion. Die Mehrheit der Bevölkerung aller Klassen begrüßt die Maßnahmen. Große Teile zweifeln aber an der Verwirklichung. In den Industriebetrieben gibt es ziemlich stark solche Diskussionen: Was brauchen wir Klubhäuser, wir wollen dafür Wohnungen haben.

Eines zeigt sich aber bereits jetzt in den Diskussionen mit den Betriebsarbeitern, daß eine weitverbreitete Unklarheit darin besteht, wie der neue Kurs verwirklicht werden soll. Einige Arbeiter vertreten jetzt wieder verstärkt falsche Auffassungen der Gleichmacherei, sie wenden sich gegen Wettbewerbe usw. Bei den leitenden Funktionären in den Betrieben treten Unklarheiten über die Politik der Partei in der Normenfrage auf. Sie wissen nicht, sind wir nach dem Beschluß des 14. Plenums nun auch gegen freiwillige Normenerhöhung. Es wird die Frage gestellt: Sollen wir die freiwillige Normenerhöhung noch popularisieren?

Schon jetzt muß darauf hingewiesen werden, daß der Gegner auf den neuen Kurs mit dem Argument antwortet, daß jetzt Arbeiterentlassungen in der Schwerindustrie vorgenommen werden, die dann keine Arbeit bekommen werden. In erster Linie sollen es die Arbeiter sein, die sich an Streiks usw. beteiligt haben.

Klar ist eines, die Hauptarbeit zur Wiedergewinnung des Vertrauens der Bevölkerung beginnt erst.

Welche Geschlossenheit, Aktivität und Kampfkraft entwickelte die Partei zur Zerschlagung der feindlichen Aktion?

Die Ereignisse der faschistischen Provokation waren für die gesamte Partei eine große Bewährungsprobe.

Es kann gesagt werden, daß die leitenden Kader in der Bezirksleitung aber auch in den Kreisleitungen diese Probe bestanden haben und ihre Treue zur Partei, aber auch ihre Fähigkeit, neuen Situationen gerecht zu werden, unter Beweis stellten.

Die Parteileitungen wurden ausnahmslos von den Ereignissen überrascht. Es gab niemanden, der darauf vorbereitet war und viele gaben zu, daß sie mit einer solchen Möglichkeit niemals rechneten.

Nachdem die Ereignisse aber eintraten, zeugten die Maßnahmen von der Umsicht und von dem Verantwortungsgefühl der leitenden Kader.

Es sind aus dem Kaderbestand der leitenden Funktionäre aus den Parteileitungen sowohl im Bezirk, in den Kreisen, aber auch aus den Großbetrieben keine Fälle des feigen Überlaufens zum Feind bekannt.

Die Bezirksleitung organisierte sofort unverzüglich die operative Anleitung der Kreise durch Beauftragte. Im Hause selbst wurde unter der Leitung des 1. und 2. Bezirkssekretärs ein Zentrum geschaffen, das mit den Kreisen in ständiger Verbindung stand. An den Brenn-

punkten der Ereignisse waren Beauftragte der Bezirksleitung eingesetzt. Mit den Militärorganisationen der Sowjetarmee stand eine enge Verbindung. Bei den Mitarbeitern des Apparates bestand eine ausgezeichnete Stimmung und es kam nur zu Beginn der Verhängung des Ausnahmezustandes - als sowjetische Panzer aufzuziehen - zu Schwankungen bei einzelnen Genossen, ob das wohl richtig wäre. Das bewies, daß sie den ganzen Umfang der Provokation noch nicht überblickten. Diese Stimmung war aber nur von kurzer Dauer. Der Apparat der Bezirksleitung hat sich ausnahmslos gut bewährt. Es ist aber noch nicht möglich, eine endgültige Einschätzung über den ganzen Umfang der Tätigkeit des Apparates vorzunehmen, weil noch keine Parteiversammlung zur Auswertung dieser Arbeit in diesen Tagen stattgefunden hat, wo die Mitarbeiter ihre Meinung zu den Maßnahmen und Anweisungen der leitenden Funktionäre zum Ausdruck brachten. Auch über die Tätigkeit der leitenden Funktionäre der Kreisleitungen sowie der Apparate der Kreisleitungen kann noch kein endgültiges Urteil gefällt werden. Im allgemeinen kann aber gesagt werden, daß sich unsere bisherige Einschätzung über die Kreisfunktionäre nur bestätigt hat, daß die uns bekannten Mängel z.B. bei den 1. Kreissekretären und anderen Mitgliedern des Sekretariats sich gerade in diesen Tagen bestätigten. Es muß aber gesagt werden, daß sich die übergroße Mehrheit der leitenden Kader in den Kreisen bewährten, ihre Verbundenheit zur Partei gestärkt und ihre Erfahrungen bereichert wurden. Es wird erforderlich sein, daß sich das Sekretariat der Bezirksleitung mit dem Verhalten der Funktionäre gesondert beschäftigt und dem Zentralkomitee darüber Bericht erstattet.

In Einschätzung der Kampfkraft der Partei muß gesagt werden, daß das allgemeine Bild am 17. Juni so war, daß in all den Betrieben, wo es dem Gegner gelang, Provokationen zu starten, die Parteiorganisation zu schwach war, die Bewegung aufzuhalten. Das allgemeine Bild am 17.6. war, offen und unumwunden zugegeben: die Parteiorganisationen waren überrascht, nicht vorbereitet. Sie befaßen sich in der Regel in der Defensive. Offensive Handlungen waren das Werk einzelner Genossen.

Das Eingreifen der sowjetischen Truppen erbrachte einen Umschwung. Die am 18.6. durchgeführten Parteiaktivtagungen waren der Beginn der organisierten Offensive. Bereits am 18. und 19.6. traten die Parteiorganisationen in den Betrieben in der Regel als Motor und Organisator der Gegenmaßnahmen auf, schwankende Mitglieder wurden mitgerissen, die Aufklärungsarbeit organisiert. In der Parteimitgliedschaft entstand eine Kampf Stimmung, die aber längst nicht alle Mitglieder erfaßte.

Es gab in allen Orten wo gestreikt wurde, Beispiele, wo sich Mitglieder an Streiks beteiligten und selbst in den sogenannten Streikleitungen arbeiteten. Daneben gab es in allen Orten, wo gestreikt wurde, Genossen, die mit den Streikenden offen und im Innern sympathisierten.

In diesen Tagen zeigte sich der außerordentlich unterschiedliche Entwicklungsgrad des sozialistischen Bewußtseins unserer Mitglieder. Sehr bedenklich muß uns die Tatsache stimmen, daß die jungen Parteimitglieder bei den parteilosen Jugendlichen so wenig Einfluß besitzen und daß sie in den jetzt stattfindenden Parteiaktivtagungen und Parteiversammlungen ungenügend in Erscheinung treten.

Die gegenwärtig durchgeführten Mitgliederversammlungen können noch nicht eingeschätzt werden. Aber aus den wenigen bisher durchgeführten Versammlungen kann verallgemeinert werden geschlußfolgert werden, daß der Besuch der Versammlungen relativ gering ist, daß sich die Diskussion nicht auf die neuen Aufgaben, sondern auf die Vergangenheit bezieht und daß die kämpferische Auseinandersetzung über das Verhalten der Genossen in den Tagen des faschistischen Abenteuers nur von wenigen Genossen, insbesondere aus den Verwaltungen, geführt wird.

Zur Arbeit des Staatsapparates.

Es muß festgestellt werden, daß die überwältigende Mehrheit der Mitarbeiter der staatlichen Organe in den Kreisen und Orten in der Zeit, da faschistische Agenten versuchten Unruhe zu stiften, der Regierung und der Partei der Arbeiterklasse treu ergeben waren. Sie setzten ihre Arbeit fort und bemühten sich, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen zu helfen, um die Beschlüsse des Ministerrates vom 11.6.1953 durchzuführen.

Es gibt jedoch auch eine ganze Reihe von Fällen, aus denen hervorgeht daß sich unter den Mitarbeitern der staatlichen Organe Feinde des demokratischen Aufbaues bzw. schwankende Elemente von Kapitulanten befanden.

Einer der Hauptaufwiegler bei der Demonstration in Calau z.B. war der Bürgermeister von Eisdorf, der inzwischen republikflüchtig geworden ist. In den Abteilungen Volksbildung, Erfassung und Aufkauf und der Unterabteilung Abgaben des Rates des Kreises Cottbus traten Kapitulanten in Erscheinung. Das gleiche trifft für die Unterabteilung Abgaben des Rates des Kreises Herzberg zu. Während man hier in Cottbus eine Kommission zur Überprüfung des Verhaltens der genannten Mitarbeiter einsetzte, blieb man in Herzberg ~~MAKEMEY~~ tatenlos.

Die Organe der Volkspolizei und der Staatssicherheit haben sich in dieser Zeit selbstlos und durchaus zufriedenstellend bei der Zerschlagung des faschistischen Putsches eingesetzt.

In der Frage der Verhaftungen kann man sich jedoch nicht des Eindrucks erwehren, daß gerade die Staatssicherheitsorgane sehr zögernd arbeiten. Das führte z.B. dazu, daß der Provokateur ~~D...~~ aus Leuchhammer, der den Brigadier ~~R...~~ tätlich angriff und ihn gewaltsam zwingen wollte, die Arbeit niederzulegen, bis auf den heutigen Tag nicht gefaßt wurde. Es ist unseren Staatssicherheitsorganen auch nicht gelungen, ^{die} wirklichen Drahtzieher der faschistischen Aktionen zu fassen. Bei den gegenwärtig verhafteten Personen handelt es sich wohl um aktive Teilnehmer, aber keineswegs um die führenden Köpfe.

Über die Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen der Staatsorgane zur Verwirklichung der Beschlüsse der Regierung vom 11. und 17.6. läßt sich jetzt noch wenig Konkretes berichten, da die Ergebnisse der durchaus guten Beschlüsse noch nicht vorliegen.

Die Arbeit und Haltung der Massenorganisationen.

Die letzten Tage waren für alle Massenorganisationen ein Prüfstein ihrer Arbeit.

Von seiten der FDJ, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, der Gesellschaft für Sport und Technik und des DFD wurden nach Rücksprache mit der Bezirksleitung der Partei Sofortmaßnahmen zur Aufklärung der Werktätigen sowie der gesamten Bevölkerung getroffen. Die FDJ-Bezirksleitung organisierte Instrukteursinsätze in die Betriebe, die die Arbeit niedergelegt hatten. Weiterhin wurden zur Unterstützung der Kreisleitungen der FDJ Instrukteure in die Schwerpunktkreise des Bezirkes gesandt. In den Kreisen jedoch spiegelte sich diese Aktivität nicht wieder.

Obwohl ein großer Teil von Funktionären der FDJ sich aktiv eingesetzt hat, so zeigte sich in diesen Tagen aber, daß die FDJ es in ihrer gesamten bisherigen Arbeit noch nicht verstanden hat, die Jugendlichen zum Patriotismus, zur revolutionären Wachsamkeit und zum entschlossenen Kampf gegen die Feinde der Deutschen Demokratischen Republik zu erziehen. In der Mehrzahl der Demonstrationen und Diskussionen zur Arbeitsniederlegung standen Jugendliche mit an der Spitze.

Durch die vor kurzem durchgeführten Neuwahlen in den Betriebsgewerkschaftsleitungen und Industriegewerkschaften hat sich die Arbeit derselben nicht wesentlich verbessert und in den letzten Tagen zeigten sich die Auswirkungen dieser mangelhaften Arbeit.

Die Kader in den Industriegewerkschaften sind politisch zu schwach und zum Teil sogar feindlich gegen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eingestellt. So z.B. verschaffte sich der Sekretär der IG Transport, Großmann, die Forderungen von den Werktätigen der Betriebe, die die Arbeit niedergelegt hatten und organisierte auf dieser Basis Protestresolutionen mit solchen Forderungen an den Zentralvorstand der IG und an die Regierung der DDR, wie sie von RIAS als Kampfparolen verbreitet wurden.

Nach einer ersten Übersicht nahmen weitere 15 Gewerkschaftsfunktionäre selbst aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen teil. Dies geschah u.g. im VEM Cottbus, RAW Cottbus, VEB Trikotagen "Spree" Lübben, Glaskombinat Räschen, Eisenwerk Senftenberg und in der "Cottbuser Wolle".

In fast allen Betrieben, wo die Arbeit niedergelegt wurde, wurden seitens der BGL keine Maßnahmen getroffen und kein Kampf geführt, um die Arbeiter auf die Unsinnigkeit ihrer Arbeitsniederlegung zu überzeugen. Auch bei den teilweisen bzw. völligen Wiederaufnahmen der Arbeit traten die Betriebsgewerkschaftsleitungen kaum in Erscheinung.

Haltung der Intelligenz.

Charakteristisch für die Haltung der Intelligenz in der Zeit der faschistischen Provokation ist, daß die meisten Vertreter der Intelligenz sich von diesen Faschisten distanzieren. Ein Teil der Intelligenz verhielt sich passiv, indem sie zu den Ereignissen nicht Stellung nahm bzw. keine klare Stellungnahme einnahm, während der überwiegende Teil gegen die Provokation Stellung nahm. Die meisten Vertreter der Intelligenz hatten dem Kommuniqué unserer Partei und den Beschlüssen des Ministerrates freudig zugestimmt und sahen die richtigen Maßnahmen, die eingeleitet wurden, durch die feindlichen Aktionen in Gefahr. Gleichzeitig erkannten sie auch, daß die von den Provokateuren aufgestellten Lösungen, besonders durch die neuen Maßnahmen der Regierung, unsinnig waren. Nur ein relativ kleiner Teil der Intelligenz beteiligte sich mit an den Arbeitsniederlegungen und an den faschistischen Demonstrationen. So zum Beispiel in Lauchhammer, wo die verschiedenen Bauleister mithalfen, Jugendliche und nicht klassenbewußte Arbeiter betrunken zu machen, um sie dann zu Ausschreitungen

und Tätlichkeiten anzuspornen.

Außerdem kamen kleinere Vorkommnisse im Stadttheater Senftenberg und Cottbus vor.

Lage an den allgemeinbildenden Schulen.

Bis auf wenige Ausnahmen wurde in der Zeit der faschistischen Provokation der Unterricht an den allgemeinbildenden Schulen planmäßig durchgeführt.

In einzelnen Schulen, zum Beispiel in Cottbus und Forst, versuchten einzelne Schüler, die durch Agenten verhetzt waren, den Unterrichtsablauf zu stören und feindliche Handlungen zu begehen. So wurden in einzelnen Klassen Bilder unserer führenden Staatsmänner abgenommen, außerdem fehlten in verschiedenen Klassen verschiedene Schüler, die von den Eltern zu Hause behalten wurden. Die Haltung der Lehrer, die ist ebenfalls dadurch gekennzeichnet, daß sie bis auf geringe Ausnahmen sich von den faschistischen Aktionen fernhielten und gegen sie auftraten. Es sind zahlreiche Beispiele bekannt, daß die Genossen und Kollegen Lehrer sofort argumentierten innerhalb des Kollegiums und der Schülerschaft, um Aufklärung auf die Ereignisse zu geben.

Ein Lehrer aus Bad Liebenwerda wurde von feindlichen Elementen niedergeschlagen, weil er sich gegen die faschistischen Aktionen ausgesprochen hat. Verschiedene Genossen und Kollegen unterlagen Schwankungen bzw. entpuppten sich als feindliche Elemente.

So gab zum Beispiel ein stellvertretender Direktor ^{an Schulleiter} dem Parteisekretär sein Parteidokument. Mit anderen Genossen und Kollegen mußte hart und kämpferisch diskutiert werden, ehe sie richtige Maßnahmen zur Bekämpfung der feindlichen Tätigkeit ergriffen.

Besonders starke Diskussionen gab es über das Eingreifen der Soldaten der Sowjet-Armee.

20

Tätigkeit und Methoden des Klassengegners.

Die Arbeit des Klassengegners kann man in drei Etappen einteilen:

1. bis zum 16.6.1953
2. nach dem 16.6.53 im Anschwellen der feindlichen Aktionen und
3. nach dem 17.6.53, als diese feindlichen Aktionen abebbten.

Zu 1.):

Der Klassenfeind war mit allen Mitteln bestrebt, in der Bevölkerung systematisch Unsicherheit zu verbreiten, und zwar hauptsächlich durch Argumente wie "die neuen Beschlüsse machen alle Erfolge zunichte", "besonders den Arbeitern entstehen ausserordentlich grosse Nachteile", "die LPG's werden aufgelöst", "die Beschlüsse stellen leere Versprechungen der Regierung dar" usw.

Weiterhin versuchte der Klassenfeind, das Vertrauen der Bevölkerung zur Parteiführung und zur Regierung zu stören. Dazu benutzte er hauptsächlich die Argumente "die gesamte Politik der Partei und Regierung ist fehlerhaft", "weitere Fehler werden gemacht werden", "die kapitalistischen Länder und die Kirche haben unsere Regierung gezwungen, andere Massnahmen zu ergreifen", "in der Sowjetunion ist durch Stalins Tod ein neuer Kurs eingeschlagen worden."

Ausserdem wurden sehr viel Falschmeldungen über führende Partei- und Staatsfunktionäre verbreitet.

Der Klassenfeind benutzte als Tarnmantel zur Vorbereitung der faschistischen Aktion hauptsächlich die Diskussion über die Normenfrage.

Die Tätigkeit der faschistischen Elemente war besonders darauf gerichtet, die konspirativen Verbindungen in der Deutschen Demokratischen Republik zwischen den Agenten zu knüpfen und zu verstärken. Unserer Ansicht nach bestanden solche Verbindungen

1. von den einzelnen Baustellen nach Westberlin, zwischen einzelnen Baustellen untereinander und zwischen einzelnen Baustellen zu verschiedenen Agentennestern in der Reichsbahn.
2. Innerhalb der Reichsbahn zeigt sich eine Linie der Agentenverbindungen zwischen dem Zentrum RAW Cottbus über Vetschau, Lübbenau, Lübben, Freiwalde nach Berlin.

3. Es bestehen höchstwahrscheinlich Verbindungen zwischen den beiden Werken Pimag und Kjellberg in Finsterwalde zu den ehemaligen ausländischen Besitzern (Schweden).

Zu 2.):

Die Arbeit des Klassenfeindes war nach der Herausgabe des Kommuniqués des Politbüros offensichtlich darauf gerichtet, mit allen Mitteln den Tag X, d.h. die Aufrollung der gesamten DDR von Berlin aus, in kürzester Zeit durchzuführen.

In verschärfter Weise nahm die Hetze gegen unsere Deutsche Demokratische Republik, die Regierung und unsere Partei zu und die westlichen Agenturen gingen zu direkten Aktionslosungen über. Sie waren bestrebt, sich auf feindlich beeinflusste Jugendliche und nicht klassenbewusste Kräfte innerhalb der Arbeiterklasse zu stützen, Arbeitsniederlegungen und Demonstrationzüge zu organisieren, die unter der Führung der Provokateure zu Ausschreitungen und Tötlichkeiten führen sollten.

Die faschistischen Banditen praktizierten eine Taktik der Überraschungs- und Überrumpelungsaktionen. Sie versuchten in Betrieben und auch Orten zentrale und betriebliche "Streikleitungen" zu bilden, durch schreiende Losungen in den Menschenmassen eine höchste Erregung zu erzeugen und unter Verhinderung von sachlichen Diskussionen die Bevölkerung für ihre schändlichen Zwecke zu missbrauchen.

Gleichzeitig wurden von den faschistischen Abenteurern auch solche Losungen herausgegeben, die an das ideologische Bewusstsein der Massen anknüpften (Einheit Deutschlands, freie Wahlen usw.).

Ein besonders Merkmal besteht darin, dass die neuen Beschlüsse von Partei und Regierung nicht abgelehnt wurden, sondern oft die Losung auftrug, "die Beschlüsse müssen verwirklicht werden, aber ohne die SED und mit einer neuen Regierung."

Gleichzeitig waren sehr stark die Forderungen nach Bestrafung von führenden Partei- und Staatsfunktionären vertreten.

Der Klassenfeind war in seiner praktischen Tätigkeit in erster Linie bestrebt, die Arbeit der Betriebsparteiorganisationen lahmzulegen, indem er die Parteileitungen zu isolieren versuchte und die Forderung unter die Werktätigen brachte, dem Parteisekretär das Misstrauen auszusprechen und ihn abzulösen.

Gleichzeitig versuchte er alles, um die Verbindung der Betriebe zu den Kreisleitungen, zur Bezirksleitung, zu den Räten der Kreise und zum Rat des Bezirks zu unterbrechen und den Partei- und Staatsapparat durch überraschenden Angriff zu beseitigen.

Die faschistischen Agenten wendeten zum grossen Teil auch die Methode an, Jugendliche und nicht klassenbewusste Arbeiter betrunken zu machen, um leichteres Spiel mit ihnen zu haben.

Nicht zuletzt versuchten die faschistischen Provokateure die Arbeiter von Betrieben, die nicht gewillt waren, die Arbeit niederzulegen, durch Drohungen, Lügen und falsch Darstellungen der Tatsachen zum Verlassen ihrer Betriebe zu zwingen.

Sie missbrauchten in schändlichster Weise die Losungen der Arbeiterklasse im Kapitalismus "Solidaritätsstreik", "Sympathiestreik", oder "ihr dürft den anderen Arbeitern nicht in den Rücken fallen."

Zu 3.):

Nachdem vom Partei- und Staatsapparat, unter besonderer Unterstützung durch die Soldaten der Sowjetarmee, die feindlichen Pläne restlos zerschlagen und die ganze Gemeinschaft dieser faschistischen Abenteuer aufgedeckt worden war, zeigte sich die ganze Unhaltbarkeit der faschistischen Losungen und das völlige Fehlen der dauernden Massenbasis dieser Terroraktion.

Die feindlichen Agenten machten nun krampfhaft Versuche, durch die Hinzufügung von neuen Losungen, Verbreitung von Gerüchten und Lügenmeldungen, die Streike noch aufrecht zu erhalten und weitere Arbeitsniederlegungen zu erreichen.

Die alten Forderungen traten jetzt zumeist wegen ihrer offensichtlichen Unsinnigkeit zurück und machten den Argumenten "die Sowjetarmee darf nicht eingreifen", ✓ "wir fordern die Freiheit der Strasse und der Meinungsäusserung und die Freilassung der verhafteten Anführer" Platz.

Die bezahlten faschistischen Provokateure versuchten, soweit sie nicht schon verhaftet waren, in der Masse unterzutauchen oder zu flüchten.

Obwohl die Feinde erkennen, dass ihre Terroraktionen restlos gescheitert sind, machen sie weiterhin alle Anstrengungen, um die Bevölkerung durch Gerüchte von einem zukünftigen Generalstreik usw. in Atem zu halten und um den Partei- und Staatsapparat von den zukünftigen Hauptaufgaben abzuhalten.

Eine statistische Übersicht über die bisher vom Ministerium für Staatssicherheit verhafteten Personen:

Eine statistische Übersicht über die bisher vom Ministerium für Staatssicherheit verhafteten Personen.

In der Zeit vom 17. - 26.6.1953 wurden auf Grund provokatorischen Verhaltens von den Organen des MfS verhaftet:

Alter:	Gesamt	dav. weibl.	männl.	Arbeiter	Angestellte
17 - 20 J.	14	4	10	11	3
20 - 25 J.	12	2	10	9	3
26 - 30 J.	12	-	12	9	3
31 - 40 J.	15	-	15	15	-
41 - 50 J.	5	-	5	5	-
51 - 70 J.	6	-	6	6	-
Insgesamt	64	6	58	55	9

Die Blockparteien.

Die Tätigkeit der Blockparteien hat sich nach der Veröffentlichung des Kommuniqués dahingehend geändert, indem sie eine abwartende Haltung einnehmen. Von allen Parteien wird die jetzige Politik unserer Partei als eine Erleichterung für ihre weitere Arbeit angesehen.

Die Ereignisse der letzten Tage bestätigen, daß wir es nicht verstanden haben, diese Parteien so anzuleiten, daß sie sich an der Bekämpfung der faschistischen Provokation beteiligten. Die ungenügende Beachtung der Tätigkeit der Blockparteien bestätigte sich weiter darin, daß wir keinen genauen Überblick über die Stimmung der Mitglieder und Tätigkeit der Leitungen, besonders von den letzten Tagen, besitzen. In allen Parteien sind stärkere Diskussionen zum Kommuniqué und zum jetzigen Verhältnis zu unserer Partei entstanden. Bei dem überwiegenden Teil kommt zum Ausdruck, daß dies eine Schwäche unserer Partei ist und für sie jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, ihre Partei zu stärken.

- 24 -

In der DBD ist zu verzeichnen, daß die fortschrittlichen Funktionäre bei ihren Mitgliedern einen schweren Stand haben. Von den einfachen Mitgliedern werden die Funktionäre, indem sie heute so und morgen so sprechen, als Mantelträger angesehen.

Die NDPD nimmt zu den Beschlüssen des Zentralkomitees eine andere Stellung ein. Der größte Teil der leitenden Funktionäre im Bezirks- bzw. Kreisstab und Mitglieder sieht den Beschluß des Zentralkomitees als eine Niederlage an. Auf einer Tagung der Vorsitzenden und der politischen Geschäftsführer aller Kreise in Cottbus sprach keiner der Anwesenden positiv zum Beschluß des Zentralkomitees, sondern es wurde die Meinung vertreten, daß die NDPD schon immer gesagt hat, solche Maßnahmen können nicht durchgeführt werden. In einer Mitgliederversammlung in Herzberg wurde die Forderung zum Rücktritt der Regierung und des Genossen Walter Ulbricht sowie die Durchführung freier Wahlen gestellt. Daß die NDPD nicht bestrebt ist, ihre Mitglieder auf die jeweiligen wichtigen Aufgaben zu konzentrieren geht daraus hervor, daß bis zum 20. Juni 1953 vom Bezirksvorstand noch keine entsprechenden Anweisungen in die Kreisverbände gegeben wurden. Der Aufnahme von neuen Mitgliedern wird jetzt mehr Beachtung geschenkt.

Besonders mangelnde Übersicht besteht über die Tätigkeit der CDU und der LDPD im Bezirk und in den Kreisen.

Zu erkennen ist aber, daß diese Parteien versuchen, die Änderung der Politik unserer Partei für ihre Arbeit auszunutzen. In den vergangenen Tagen traten diese Parteien so gut wie gar nicht in Erscheinung. In der CDU ist die bisherige Unzufriedenheit durch die Beschlüsse des Zentralkomitees behoben worden. Diese Partei hat in den letzten Tagen einen größeren Zustrom von neuen Mitgliedern erfahren (im Kreis Herzberg z.B. 20).

Daß ein Teil der LDPD-Mitglieder mit ihren leitenden Funktionären nicht einverstanden ist, geht daraus hervor, daß auf einer Arbeitstagung in Weißwasser von einigen Mitgliedern gefordert wurde, den Parteivorsitzenden Dr. Loch aus der Partei auszuschließen, mit folgender Begründung :

Er sei als 1. Vorsitzender und als Finanzminister nicht mehr fähig, da er nur alles so mache, wie es die SED will.